



Commission des Episcopats de la Communauté Européenne
Commission of the Bishops' Conferences of the European Community
Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft

Hoffnung, Vertrauen, Solidarität

Stellungnahme der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft zum Beitritt der neuen EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Europäischen Rat in Kopenhagen

„Eine so gestaltete europäische Neuordnung muß aber, wenn sie wirklich der Förderung des wahren Gemeinwohls zugänglich sein soll, jene Werte anerkennen und schützen, die das kostbarste Erbe des europäischen Humanismus sind. Die kulturellen Wurzeln, die zur Festigung der bisher genannten Werte beigetragen haben, sind vielfältig. Sie reichen vom Geist Griechenlands und der antiken römischen Welt, von den Beiträgen der lateinischen, keltischen, germanischen, slawischen und finnougri-schen Völker bis hin zu denen der jüdischen Kultur und der islamischen Welt. Diese unterschiedlichen Faktoren haben in der jüdisch-christlichen Tradition eine Kraft gefunden, die imstande war, sie untereinander in Einklang zu bringen, zu festigen und zu entfalten.“

Papst Johannes Paul II¹

1. Wir Bischöfe der COMECE sind überzeugt, daß der Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Union, den der Europäische Rat bei seinem Gipfeltreffen vom 12.-13. Dezember 2002 in Kopenhagen beschließen soll, einen tiefgreifenden und bedeutenden Wandel für die Geschichte unseres Europäischen Kontinents darstellen wird. Aus der Gemeinsamkeit in verschiedenen Kulturen wird dies ein Schritt sein auf dem Weg zu einem europäischen Gemeinwohl. Daher ist dies für uns keine „Erweiterung“ sondern eine „Europäisierung“ der Europäischen Union.
2. Die Katholische Kirche hat immer schon die Bemühungen hervorragender Politiker und einfacher Bürger unterstützt, durch eine - auf wirtschaftlicher und politischer Integration gründenden – „Solidargemeinschaft“ anhaltenden Frieden und Wohlstand für unseren

¹ Aus der Mitteilung von Papst Johannes Paul II an den Kongreß „Hin zu einer europäischen Verfassung“, der vom europäischen Verband der katholischen Universitäten am 20. Juni 2002 organisiert wurde.

Kontinent zu erreichen. Wie wir in unserer Stellungnahme „Eine geistige Brücke der Einigung zwischen den Völkern“ vom 9. Mai 1997 erklärten, „ist die Erweiterung der Europäischen Union eine konkrete Chance, in ganz Europa grundlegende Werte zu fördern und zu verwirklichen, die für die Kirche von elementarer Bedeutung sind: Solidarität, gegenseitige Achtung und Freundschaft zwischen den Völkern“².

3. Die Europäische Union ist auf universalen Werten gegründet. Das Evangelium Jesu Christi bietet die Quelle und Inspiration für viele dieser Werte. Erfüllt vom Evangelium und in der Absicht der bevorstehende Herausforderung gerecht zu werden, zehn neue Mitgliedstaaten in diese Gemeinschaft zu integrieren, empfehlen wir den politisch Verantwortlichen und allen gegenwärtigen und zukünftigen Bürgern der Europäischen Union Hoffnung, Vertrauen, vor allem aber Solidarität.

Hoffnung

4. Die Europäisierung der Europäischen Union durch den Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten ist eine Quelle der Hoffnung, eine Gelegenheit zur Erneuerung der Europäischen Union und ihres ursprünglichen Auftrags, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Wohlstand innerhalb und außerhalb der Grenzen der Union zu fördern. Das Vorhaben der europäischen Integration entstand aus der Hoffnung auf Versöhnung, aus der Hoffnung, daß Europa nie wieder unter der Zerstörung durch Krieg und Konflikte leiden möge. Auch heute noch ist die Aufgabe Europas, die Versöhnung durch die „Besiegelung des Endes einer unnatürlichen Teilung“³ zwischen Ost und West in Europa zu festigen. Auf diese Weise wird der Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten dazu beitragen, die Hoffnung, die besonders von der Kirche gehegt wurde, zu verwirklichen - nämlich, daß „Europa mit beiden Lungenflügeln atmet“⁴. Dieses Vorhaben sollte nun auch eine Quelle der Hoffnung für die anderen europäischen Länder und Völker sein.
5. Die Europäisierung wird die Europäische Union bereichern, indem sie ihr eine neue kulturelle und geschichtliche Qualität und Identität verleiht. Dies eröffnet unweigerlich und zu Recht eine Debatte über die Endgültigkeit und Grenzen des Integrationsvorhabens. Die Beziehungen der Union zu ihren neuen Nachbarn sollten sich gründen auf Vertrauen, Solidarität und die Hoffnung auf eine friedliche und gegenseitig gedeihliche Zukunft. Die Europäische Gemeinschaft kann und sollte auch ein Zeichen der Hoffnung setzen für andere Regionen der Welt, die auf dieses Modell der friedlichen Integration aufbauen wollen. Wir denken dabei insbesondere an Afrika und Lateinamerika.

Vertrauen

6. Mitgliedstaat dieser Europäischen Union zu werden, bringt nicht nur Rechte und Ansprüche mit sich, es bedeutet auch, „die Achtung der Identität anderer Völker und beinhaltet das Recht, über die Gestaltung des künftigen Europa mitzuentcheiden“⁵. Dies erfordert von uns, Gemeinsamkeit und Unterschiedenheit kultureller Traditionen politisch zu gestalten. Jedes Mitglied ist in der Union gleichberechtigt, handelt so aber nicht nur im eigenen Interesse sondern im Interesse der gesamten Gemeinschaft. Dies erfordert im Zuge der Vergrößerung der Union ein erneutes und vertrauensvolles Engagement aller Mit-

² Eine Kopie der Stellungnahme ist im Sekretariat der COMECE verfügbar.

³ Aus der Rede von Papst Johannes Paul II vor dem Italienischen Parlament am 14. November 2002.

⁴ Papst Johannes Paulus II, bei verschiedenen Gelegenheiten

⁵ Aus der Stellungnahme der Polnischen Bischöfe zur Europäischen Integration vom 21. März 2002.

gliedstaaten und die volle Anerkennung der gemeinsamen Institutionen, die die Mitgliedstaaten die unverzichtbare Aufgabe betraut haben, das gemeinsame Wohl aller zu formulieren

7. Die gegenseitige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit dieser Gemeinschaft erfordert das Vertrauen nicht nur zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten, sondern auch zwischen den Bürgern. Wie wir 1997 betonten, muß eine „geistige Brücke der Einheit“ gebaut werden, und so begrüßen und unterstützen wir die vielfältigen Initiativen von Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen in ganz Europa, Vertrauen zwischen den Völkern des Kontinents aufzubauen. Solche Initiativen sollten mehr Unterstützung durch die Politik erfahren.

Solidarität

8. „Die EU muß eine Wertegemeinschaft sein, die sich dank der Solidarität ihrer Mitglieder entwickelt hat.“⁶ Solidarität ist Ausdruck der Aufforderung Christi zu Nächstenliebe. Damit der Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten ein Erfolg wird, ist die Solidarität aller gefordert. Der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Reform ist noch nicht abgeschlossen. Die jetzigen Mitgliedstaaten sind aufgerufen, ihre bisherigen Politiken, besonders die gemeinsame Agrarpolitik,⁷ zu reformieren, und die Strukturhilfe, die sie erhalten, mit den neuen Mitgliedstaaten zu teilen. Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Beitrittskandidaten müssen diesem Prozeß verpflichtet bleiben, wenn die Bürger die Früchte der Beitritte zur Europäischen Union vollständig genießen sollen. Diese Solidarität ist insbesondere im Hinblick auf die Neugestaltung des gemeinschaftlichen Finanzrahmens ab dem Jahre 2006 notwendig, wenn die Vereinbarungen der Agenda 2000 auslaufen. Für die neuen Mitgliedstaaten wird der Nutzen des Beitritts vielleicht nicht sofort offensichtlich werden. Es ist jedoch ratsam, die von den jetzigen Mitgliedstaaten gezeigte Solidarität auch dann anzuerkennen und zu würdigen, wenn die Auswirkungen nicht sofort meßbar sind. Sowohl die gegenwärtigen als auch die neuen Mitgliedstaaten sollten gleichberechtigt an der Regierungskonferenz teilnehmen, die nach der Vorstellung des Verfassungsentwurfs für die Europäische Union durch den Konvent einberufen wird.
9. Die großen Anstrengungen und Errungenschaften im Zusammenhang mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten sollten uns jedoch nicht Europas Verantwortung für die globale Entwicklung vergessen lassen. Mit ihrem Beitritt werden die Kandidaten nicht nur Mitglieder eines gemeinsamen Marktes, sondern auch Mitglieder einer Gemeinschaft, die weltweit am meisten humanitäre und Entwicklungshilfe leistet. Wir fordern die Europäische Union auf, ihr Versprechen einzulösen, 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts als offizielle Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Dies sollte auf einer, den Möglichkeiten eines jedes Landes gerecht werdenden Lastenverteilung basieren. Wir appellieren auch an die dann erweiterte Europäische Union, dasselbe politische Engagement hinsichtlich gerechter Handelsbeziehungen, nachhaltiger Entwicklung und Solidarität, das sie innerhalb der Union zeigt, auch gegenüber den ärmsten Regionen der Welt anzuwenden, um so dem Weltgemeinwohl zu dienen.

Neue Brücken bauen

⁶ Aus der Stellungnahme der Polnischen Bischöfe zur Europäischen Integration vom 21. März 2002.

⁷ Vgl. die Anmerkungen der COMECE „Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in Europa“ vom 29. November 2002.

10. Es ist wesentlich, daß der Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten nicht zu neuen Teilungen innerhalb Europas führt. Bulgarien und Rumänien haben bereits große Anstrengungen zur Vorbereitung einer EU-Mitgliedschaft unternommen, sind aber noch nicht so weit, die Beitrittsverhandlungen abzuschließen. Wir ermutigen sie, diese Anstrengungen fortzusetzen, und begrüßen das Engagement der Union, ihre Unterstützung zu verstärken, damit diese Länder ihr selbst gestecktes Ziel - den Beitritt im Jahr 2007 - erreichen. Die Türkei und die südosteuropäischen Länder sind bereits als Kandidat oder potentielle Kandidaten anerkannt, haben aber noch keine Beitrittsverhandlungen begonnen. Wir hoffen, daß sie im Interesse des Gemeinwohls mit der Umsetzung der weitreichenden Reformen fortfahren, um die im Juni 1993 beim Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegten wirtschaftlichen und politischen Kriterien zu erfüllen, insbesondere die „Gewähr für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Achtung und Schutz von Minderheiten“⁸.
11. Das Niederreißen der Grenzen innerhalb der neuen Europäischen Union muß nicht zur Errichtung einer „Festung Europa“ an den Außengrenzen führen. Während die Beibehaltung der Außengrenzen notwendig ist, um die Freiheit und Sicherheit derjenigen zu schützen, die innerhalb dieser Grenzen leben, und eine Kontrolle der Aussengrenzen schon deshalb wichtig ist, um gegen den Frauen- und Kinderhandel vorzugehen, sollten Migranten und Flüchtlinge unabhängig von ihrem Status mit Mitgefühl und Gerechtigkeit behandelt werden. Mit Blick auf deren Herkunftsländer hat die Union nicht nur die Verantwortung, solche Bedingungen – wie Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - zu fördern, die eine Asylsuche nicht mehr notwendig werden lassen, sondern auch die Verantwortung, die tieferliegenden Gründe anzugehen, die Menschen dazu bringen, ihr Land zu verlassen und alles zu riskieren, um bessere Lebensbedingungen in der EU zu erreichen.

Schluß

12. Als Christen können wir „nicht einfach Zuschauer der politischen Prozesse in Europa sein“⁹. Unsere Aufgabe ist es, uns schöpferisch einzubringen auf der Suche nach Lösungen für die sozialethischen Herausforderungen, die das Gemeinwohl und die Würde des Menschen in Übereinstimmung mit den universellen, dem christlichen Menschenbild entsprechenden Werten fördern. Die Debatte im Europäischen Konvent, bei der zum ersten Mal Vertreter der jetzigen und künftigen Mitgliedsstaaten gemeinsam die Möglichkeit haben, die Zukunft Europas mitzubestimmen, ist eine Gelegenheit für uns alle, die Werte und Ziele unseres gemeinsamen Projekts zu bestimmen. Mit Hoffnung, im Vertrauen und in Solidarität verpflichtet wir uns als Bischöfe, die Unterstützung und schöpferische Beteiligung an diesem Projekt fortzusetzen, und wir ermutigen alle Gläubigen und Bürger, an diesem gemeinsamen Bestreben Teil zu haben.

Brüssel, am Fest des Heiligen Nikolaus, 6. Dezember 2002

ÜBERSETZT AUS DEM ENGLISCHEN

⁸ *Europäischer Rat von Kopenhagen, Schlußfolgerungen des Präsidiums, vom 23. Juni 1993.*

⁹ *Aus dem Hirtenbrief der Slowakischen Bischöfe, ebenda.*